



Landgericht Frankenthal (Pfalz) | Postfach 16 22 | 67206 Frankenthal (Pfalz)

Bahnhofstraße 33
67227 Frankenthal
(Pfalz) Telefon 06233 80-
0 Telefax 06233 80-1900
Mail: lgft@zw.jm.rlp.de
www.justiz.rlp.de

Frau

██████████ von ██████████
██████████ Anwaltskanzlei
██████████

30. Juni 2025

per E-Mail an:

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
140 E – 31/24 Frau ██████████
Bitte immer angeben! LGFT@zw.jm.rlp.de

Telefon / Fax
06233 80-1702
06233 80-1902

Auskünfte nach dem Landestransparenzgesetz

Sehr geehrte Frau ██████████ ██████████,

Ihre E-Mails vom 02.06.2025, 03.06.2025 und 04.06.2025 werden als Anträge nach §§ 2 Abs. 2, 11 Landestransparenzgesetz (LTranspG) behandelt.

Die von Ihnen begehrten Informationen zum „Projekt Court“ liegen hier nicht vor.

Weiterhin bestanden und bestehen keine Verträge oder Vereinbarungen unseres Hauses mit der juris GmbH und dem Verlag C.H.Beck. Dies wurde Ihnen auch bereits mehrfach mitgeteilt. Ich bitte Sie daher höflichst darum, von weiteren Anfragen zu Informationen zu Vertragsbeziehungen zur juris GmbH und zum Verlag C.H.Beck abzusehen.

Vereinbarungen der Richterinnen und Richter mit den benannten Verlagen nach § 5 Abs. 1 LRiG in Verbindung mit § 84 Abs. 1 Nr. 2 LBG sind nicht genehmigungspflichtig, sondern gemäß § 84 Abs. 2 Satz 1 LBG lediglich anzuzeigen. Daher findet keine

1/4

Sprechzeiten: Montag - Donnerstag: 9.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 15.30 Uhr Freitag: 9.00 - 13.00 Uhr	Zentrale Kommunikation: Telefon: 06233/80-0 Telefax: 06233/80-1900 Internet: http://www.justiz.rlp.de E- Mail: lgft@zw.jm.rlp.de	Verkehrsanbindung: Deutsche Bahn bis Hauptbahnhof – zu Fuß bis Justizzentrum ca. 300 Meter Bus bis Hauptbahnhof – zu Fuß bis Justizzentrum ca. 300 Meter	Parkmöglichkeit: Cityparkhaus in der Welschgasse
---	--	--	---

Die Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), § 55 Bundesdatenschutzgesetz und § 43 Landesdatenschutzgesetz finden Sie auf der Startseite des Internetauftritts des Gerichts: www.lgft.justiz.rlp.de. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch in Papierform.

statistische Erfassung statt. Die begehrten Informationen liegen daher nicht im Sinne von § 4 Abs. 2 Satz 1 LTranspG vor.

Dienstanweisungen für die Benutzung der juristischen Informationssysteme gibt es hier nicht. Soweit sich Ihre Anfrage auf einen heimlichen Datenabfluss an die Verlage oder andere Dritte bezieht, muss mitgeteilt werden, dass hierzu keine Informationen vorliegen.

Die elektronische Akte bei Gericht verfügt über eine komplexe Berechtigungssteuerung, die streng dem Gesetz und den Geschäftsverteilungsplänen der Gerichte folgt. Dadurch wird sichergestellt, dass nur die zuständigen Gerichte und Bearbeiter Zugriff auf die elektronischen Gerichtsakten haben. Die Regierung hat hingegen keinen Zugriff auf den Inhalt elektronischer Gerichtsakten.

Weiterhin entbehrt die Behauptung, die Exekutive könne mittels Video- und Audiotechnik sämtliche Übertragungen an einigen Gerichten aufzeichnen, jeglicher Grundlage.

Weitere Informationen können Ihnen von hier aus nicht zur Verfügung gestellt werden, da solche hier nicht vorliegen. Im Übrigen besteht auch kein umfassender Anspruch auf die einzelne Beantwortung aller von Ihnen vorgelegten Fragen.

Gemäß § 12 Abs. 1 S. 1 LTranspG kann die informationspflichtige Stelle nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmen, in welcher Form sie die begehrten Informationen zu Verfügung stellt. Wird dem Informationsbegehren anstelle einer separaten Beantwortung aller aufgeworfenen Fragen durch eine andere Antwortform inhaltlich Genüge getan, kann die informationspflichtige Stelle diese Vorgehensweise wählen.

Des Weiteren besteht bei Fragen, bei denen Sie um persönliche oder rechtliche Einschätzungen bitten, von vornherein kein Anspruch auf Beantwortung nach dem LTranspG.

Ein Antrag nach dem Landestransparenzgesetz kann nicht über den Zweck dieses Gesetzes hinausgehen. Zweck des Landestransparenzgesetzes ist nach § 1 Abs. 1 LTranspG den Zugang zu amtlichen Informationen und zu Umweltinformationen zu gewährleisten. Nach §§ 4 Abs. 2, 5 Abs. 2 LTranspG sind amtliche Informationen alle dienstlichen Zwecken dienende Aufzeichnungen, über die die transparenzpflichtige Stelle verfügt oder die für sie bereitgehalten werden. Dies trifft auf Fragen, mit denen wir um persönliche oder rechtliche Einschätzungen gebeten werden, nicht zu. Solche Einschätzungen stellen keine Informationen im Sinne des LTranspG dar.

Schließlich trifft uns auch keine Informationsbeschaffungspflicht.

Weitere Anspruchsgrundlagen, nach denen Sie einen Anspruch auf Beantwortung ihres gesamten Fragenkatalogs haben könnten, liegen nicht vor.

Kosten gemäß § 24 LTranspG werden nicht erhoben.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landgericht Frankenthal (Pfalz), Bahnhofstraße 33, 67227 Frankenthal (Pfalz) schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Des Weiteren haben Sie nach § 12 Abs. 4 Satz 6 LTranspG die Möglichkeit, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, anzurufen.

In Ihrer E-Mail vom **3. Juni** nehmen Sie auf die „bisher erteilten Hinweise“ Bezug. Da diesseits solche Hinweise in Bezug auf die aktuellen Anfragen nicht erteilt wurden, wird diesseits von einem Irrläufer ausgegangen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Jenet